

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

30 Jahre Friedliche Revolution

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Durch die Friedliche Revolution in der DDR ist das Tor zur deutschen Einheit aufgestoßen worden. Mutig und selbstbewusst haben die Bürgerinnen und Bürger der DDR den Prozess zur Einheit vorangetrieben.

Der 9. Oktober 1989 war der entscheidende Tag des Herbstes 1989 und der Tag an dem sich entschied, dass die Revolution friedlich und erfolgreich sein würde. Schon Monate und Wochen vorher fanden in der DDR Demonstrationen und Montagsgebete mehr und mehr Zulauf, aber es waren trotz allem immer noch zu wenige Menschen. Noch am 7./8. Oktober 1989 fanden in vielen Städten Verhaftungen und gewalttätige Übergriffe auf Demonstrantinnen und Demonstranten statt. Am 9. Oktober 1989 halfen auch die Ankündigungen in nahezu allen Betrieben: "...geht nicht, heute wird scharf geschossen...", nicht mehr. Die größte Demonstration fand an diesem Tag in Leipzig statt. 70.000 Menschen demonstrierten trotz schwer bewaffneter Einheiten von Polizei, Volksarmee und Staatssicherheit auf dem Leipziger Ring, die Staatsmacht schreckte wegen der großen Zahl von Demonstranten vor einem Blutbad zurück. Aber auch die anderen Demonstrationen waren entscheidend für die Veränderungen, in deren Folge das Niederreißen der Mauer und eine deutsche Wiedervereinigung möglich wurden. Hunderttausende gingen in den folgenden Wochen zu den Montagsgebeten und den ersten großen Montagsdemonstrationen von Rostock bis Chemnitz, von Magdeburg bis Berlin.

Die Mauer, die durch Deutschland ging, ist nicht von allein gefallen, geschweige denn von der SED geöffnet worden. Abertausende drückten sie gewissermaßen von innen auf und brachten sie so zum Einsturz.

Am 9. Oktober 1989 entschied sich, Dank umsichtiger Organisatorinnen und Organisatoren und vieler mutiger Bürgerinnen und Bürger, dass die Diktatur der SED ihrem Ende entgegenseh. All denen, die den Mut hatten, der bewaffneten Staatsmacht entgegen zu treten, um friedlich für ein freies Leben in einer Demokratie auf die Straße zu gehen, sagt der Deutsche Bundestag Dank.

Mit vielem hatten die Machthaber in der DDR gerechnet, aber nicht, so wie es einer der Protagonisten im Rückblick sagte, mit Kerzen und Gebeten.

Immer mehr Menschen verloren seit dem 9. Oktober 1989 die Angst und brachten auf den Straßen ihren Willen zur Veränderung zum Ausdruck. Die neuen demokratischen Initiativen und Parteien organisierten den Umbruch und begannen ab Dezember 1989 in den Verhandlungen am Runden Tisch die gesellschaftliche Umgestaltung. Im Winter 1989/1990 besetzten mutige Bürgerinnen und Bürger

die Dienststellen der Staatssicherheit, stoppten die weitere Vernichtung der Unterlagen und sicherten so die Akten. Unter der Losung „Meine Akte gehört mir“ setzten sie sich für den Erhalt der Stasi-Akten und die spätere gesellschaftliche Nutzung ein. Die Besetzung der Stasi-Zentralen und die Öffnung der Archive ist eine der zentralen Errungenschaften der Friedlichen Revolution. All denen, die diesen Mut hatten, friedlich für ein freies Leben in einer Demokratie einzutreten, sei herzlich gedankt.

Wer, wie hunderttausende Bürgerinnen und Bürger der DDR, Teil dieses Tages und der nachfolgenden Monate war, wird diese Zeit nie vergessen.

Das Niederreißen der Mauer, demokratische Wahlen und die deutsche Wiedervereinigung waren aber nicht nur Ergebnis dieses einen Tages, sie sind das Ergebnis eines langen Prozesses.

Dieser begann bereits 1945 in der sowjetischen Besatzungszone und setzte sich nach Gründung der DDR fort. Opposition entstand in allen gesellschaftlichen Bereichen jedoch aus unterschiedlichen Gründen, z.B. wegen der Kollektivierung der Landwirtschaft, der Verfolgung der christlichen Kirchen oder der Militarisierung des öffentlichen Lebens. Wer sich daran beteiligte, musste mit politischer Verfolgung und harten Strafen rechnen, viele erlitten Haft und erhebliche Nachteile, einige kostete es das Leben. Besonders groß war der Widerstand bei jungen Menschen, die ihre Freiheit forderten. Die Unzufriedenheit der Menschen über das SED-Regime zeigte sich insbesondere im Volksaufstand am 17. Juni 1953 und der Massenflucht von fast 4 Millionen Menschen, die bis zum Mauerbau anhielt. In allen Schichten der Gesellschaft leisteten Menschen Widerstand gegen die Diktatur. Neben den vielen Namenlosen seien hier stellvertretend Robert Havemann, Rudolf Bahro, Wolf Biermann, Jürgen Fuchs und Bärbel Bohley sowie Angehörige der Kirchen genannt.

Die Kirchen in der DDR waren ein entscheidender Teil des oppositionellen Prozesses, denn sie gaben den Freiraum für Diskurs, Diskussion und freie Meinungsäußerung. Christen und Christinnen waren oft initiativ und an entscheidender Stelle Beteiligte. Seit 1981 versammelten sich in der Nikolaikirche in Leipzig, unter dem Schutz der Kirche, regelmäßig Menschen zu Friedensgebeten.

Bereits seit Ende der 70er Jahre entstanden überall in der DDR politische Gruppen, die in wichtigen politischen Feldern auf Veränderungen drängten. In den Fragen des Friedens, der Bildungs- und Umweltpolitik wurde eine andere Politik gefordert. Trotz staatlicher Verfolgung, beruflicher und sozialer Nachteile engagierten sich Menschen in der Umwelt- und Friedensbewegung. Die zunehmende Militarisierung und das internationale Wettrüsten stärkten die Friedensbewegung. Waldsterben und saurer Regen waren nur einige Themen, die die Menschen motivierten, sich der Umweltbewegung anzuschließen. Die Zahl dieser Gruppen nahm bis in die 1980er Jahre zu.

In der weltweiten Ökumene begann seit 1983 ein konziliarer Prozess für „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“. Dieser wurden von den Kirchen in der DDR aufgegriffen, 1988/1989 tagte eine „Ökumenische Versammlung“ von 19 verschiedenen Kirchen in Dresden und Magdeburg. Mit mehr als 10 000 Zuschriften aus den Gemeinden war ein breites Themenspektrum vorgegeben. Internationale Fragen des Friedens und der Entwicklung standen ebenso wie fehlende Rechtssicherheit, fehlende Partizipationsmöglichkeiten, Bildungsfragen, zur Informationspolitik auf der Tagesordnung. Die Delegierten beschäftigten sich über Monate mit den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen und übergaben die Ergebnisse im April 1989 den Kirchen und der Öffentlichkeit. Besondere öffentliche Aufmerksamkeit fand der Text zu „Mehr Gerechtigkeit in der DDR“.

Viele Inhalte der Versammlung fanden sich in den programmatischen Forderungen der demokratischen Opposition im Herbst 1989 wieder, viele der Delegierten gehörten zu den Initiatoren der neuen demokratischen Initiativen und Parteien.

Parallel zu den reformorientierten Diskussionen in den Kirchen stieß das „Sputnik“-Verbot im Herbst 1988 kritische Denkprozesse in großen Teilen der DDR-Bevölkerung an. Die Nichtauslieferung der Oktober- und Novemberausgabe, angeordnet durch die SED-Führung, infolge „geschichtsverzerrender Darstellung der Sowjetunion und Stalins“, löste eine Flut von wütenden Eingaben und Beschwerden aus, auch von treuen Anhängern des Systems.

Schon im Frühjahr 1989 gäerte es in Mitteleuropa, die DDR eingeschlossen. Gorbatschow hatte sich im Dezember 1988 vor den Vereinten Nationen zum internationalen Recht bekannt und jedem Land sein Recht auf den eigenen Weg zugestanden. Der Runde Tisch in Polen führte zu einer halbfreien Wahl im Juni 1989 und schließlich wurde im August mit Tadeusz Mazowiecki der erste nichtkommunistische Ministerpräsident im Ostblock gewählt. Ungarn brach die Grenzanlagen zu Österreich ab und trat der Genfer Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen bei. DDR-Flüchtlinge wurden nicht mehr ausgeliefert und die Grenze nach Österreich schließlich geöffnet.

Während seit 1987 in Mitteleuropa mit Solidarnosc, Glasnost und Perestroika ein politischer Reformprozess begann, lehnte die SED-Führung in der DDR eine Veränderung kategorisch ab und ging weiterhin gegen die Oppositionsbewegungen vor.

Die SED hielt auch dann noch unvermittelt an ihrem Führungsanspruch fest, als die Opposition bei der Kommunalwahl am 7. Mai 1989 Wahlfälschungen aufdeckte. Auch wenn die Angst vor dem Einsatz militärischer Gewalt wie bei der Studentenrevolution in China präsent war, beobachteten sie die Wahl und dokumentierten die Manipulationen: Wahlurnen wurden frühzeitig geöffnet, Nein-Stimmen als Ja-Stimmen gezählt, Wählerlisten gefälscht. Der Protest gegen die Wahlfälschung war einer der Ausgangspunkte zur Formierung der Opposition. Die Proteste nahmen im ganzen Land spürbar zu. Seit dem 7. Mai 1989 demonstrieren immer mehr Menschen am 7. eines jeden Monats für Meinungs-, Presse- und Reisefreiheit. Ausgehend von den Montagsdemonstrationen in Leipzig versammelten sich wöchentlich mehr und mehr Menschen, um öffentlich gegen die Diktatur zu demonstrieren. Diese Menschen, diese regelmäßigen Demonstrationen beschleunigten den Zerfall des SED-Regimes erheblich. Doch trotz der Montagsdemonstrationen und der Massenflucht feierte das SED-Regime mit vielen ausländischen Staatsgästen am 7. Oktober 1989 den 40. Jahrestag der Gründung der DDR.

Viele suchten nach Veränderung und wurden mutiger. Die Opposition formierte sich neu und trat aus den Kirchen heraus. Sie organisierte sich in Bürgerrechtsbewegungen. Sie forderten Anerkennung und Teilhabe an politischen Prozessen und Reformbemühungen. Das „Neue Forum“, die SDP (Sozialdemokratische Partei in der DDR), „Demokratie Jetzt“ und der „Demokratische Aufbruch“ wurden gegründet und übernahmen, regional unterschiedlich, eine zentrale Rolle im Herbst 1989. Die fortwährenden Demonstrationen gaben ihrem Handeln politisches Gewicht. Unter diesem massiven Druck akzeptierte die SED-Führung schließlich deren Verhandlungsmandat. Über den Zentralen Runden Tisch kam es schließlich zu den ersten freien Wahlen in der DDR am 18. März 1990.

Der Runde Tisch hat sich große Verdienste bei der Brechung der Macht der SED und der Staatssicherheit erworben. Hier begann die konkrete Umgestaltung des Landes, die von der frei gewählten Volkskammer und dann nach der Vereinigung fortgeführt wurde. Bis heute ist das Vermächtnis der Runden Tische ein Appell an alle Bürgerinnen und Bürger, sich zivilgesellschaftlich einzumischen.

Die Friedliche Revolution in der DDR gehört in den größeren Zusammenhang des Sieges von Freiheit und Demokratie auch in den Nachbarländern. Sie ist Teil der mitteleuropäischen Revolution, die den Eisernen Vorhang in Ost- und Mitteleuropa niederriss.

Ohne den Mut der Menschen auf der Straße wären die Vorreiter in den neuen oppositionellen politischen Gruppen und Parteien, wie vorher viele von ihnen, in den Gefängnissen gelandet. Die Kombination aus dem Druck der Massen und dem konzeptionellen Handeln der neuen oppositionellen Gruppen und Parteien in der DDR führte zu der gesellschaftlichen Veränderung, die zu Recht als „Friedliche Revolution“ bezeichnet wird.

Der Deutsche Bundestag verwahrt sich gegen die Vereinnahmung der Losungen und Errungenschaften des Herbstes 1989 unter anderem durch nationalistische, antidemokratische Parteien und Bewegungen.

Die Friedliche Revolution muss wie die Deutsche Einheit fester Bestandteil deutscher Erinnerungskultur sein. Darin einbezogen sind das Gedenken an die Opfer und die Überwindung der SED-Diktatur.

Der Deutsche Bundestag wird im November 2019 in einer Feierstunde an das glückliche Niederreißen der Berliner Mauer vor 30 Jahren erinnern.

30 Jahre Friedliche Revolution sind Anlass und Aufforderung, die historisch-politische Bildung und die Institutionenlandschaft zu diesem Thema zukunftsfest zu machen, die Erinnerung an die Opfer der zweiten deutschen Diktatur lebendig zu halten und ehemals politisch Verfolgte für ihre Lebensleistung zu würdigen und zu unterstützen.

II. Der Deutsche Bundestag

- anerkennt und würdigt den Mut und die Leistung der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger im Prozess des Herbstes 1989,
- anerkennt und würdigt die Arbeit von Widerstand und Opposition in der DDR und ihre besondere Gestaltungskraft im Herbst 1989,
- anerkennt und würdigt die Rolle der Kirchen in der DDR bis zum Herbst 1989. Bei allen Problemen schuf sie Räume freien Denkens, offenen Diskurses und selbstbestimmten Handelns. So wurde sie auch für Opposition und Widerstand zu einem unverzichtbaren Ort und Ausgangspunkt,
- würdigt die Besetzung der Stasi-Dienststellen durch mutige Bürgerinnen und Bürger und die Sicherung und Öffnung der Stasi-Unterlagen für die personenbezogene und gesellschaftliche Nutzung als eine der zentralen Errungenschaften der Friedlichen Revolution. Diese besondere Bedeutung der Stasi-Unterlagen ist bei kommenden strukturellen Veränderungen zu berücksichtigen,
- anerkennt und würdigt die Arbeit der Runden Tische und Bürgerkomitees im Winter 1989 bis zur ersten freien Wahl in der DDR,
- würdigt die Leistungen der freigewählten Volkskammer der DDR, durch deren Arbeit die zentralen Forderungen der Bürgerinnen und Bürger in der Friedliche Revolution nach Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung erstmals Realität wurden,
- anerkennt und würdigt die Leistungen aller Beteiligten angesichts des weit fortgeschrittenen Transformationsprozesses im Osten Deutschlands. Er fordert gleichzeitig zu einer kritischen Analyse auf, um Defizite zu

erkennen, öffentlich zu debattieren und zunehmend gleichwertige Lebensverhältnisse zu ermöglichen,

- begrüßt und unterstützt die wichtige Vermittlungs- und Erinnerungsarbeit der zahlreichen Gedenkstätten,
- spricht sich für die Weiterentwicklung des Amtes des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, die in einem Bundesbeauftragten oder einer Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag münden soll, aus.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel auf,

1. bis zum Ende des Jahres 2019 dem Deutschen Bundestag ein Konzept für ein Denkmal zur Erinnerung und Mahnung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland vorzulegen;
2. bis Mitte des Jahres 2019 einen Gesetzentwurf zur Entfristung der Rehabilitierungsgesetze (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz, Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz und Berufliches Rehabilitierungsgesetz) und einen Gesetzentwurf zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes, der die Verlängerung der Überprüfungsmöglichkeit auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Stasitätigkeit im öffentlichen Dienst bis 2030 vorsieht, vorzulegen;
3. die Entschließung des Bundesrates (BR-Drs. 316/18 (Beschluss) zur Verbesserung der sozialen Lage anerkannter politisch Verfolgter angemessen zu berücksichtigen und insbesondere die Umkehrung der Beweislast bei der Anerkennung gesundheitlicher Schäden zu prüfen, welche bei den NS-Opfern seit langem Praxis ist;
4. Kindern und Jugendlichen, die auf Grund politischer Verfolgung der Eltern in Heime eingewiesen wurden, die Rehabilitierung zu ermöglichen;
5. die Regelungen für die Anerkennung traumatischer Belastungen der politischen Opfer der DDR zu vereinfachen und dies mit einem Kompetenzzentrum zur Begutachtung und Behandlung von Langzeitfolgen bei SED-Opfern zu flankieren;
6. die Möglichkeit der Einrichtung eines bundesweiten Härtefallfonds zur Entschädigung von SED-Opfern zu prüfen;
7. den Bau des beschlossenen Freiheits- und Einheitsdenkmals zügig auf den Weg zu bringen;
8. die Forschung über die Diktaturen des 20. Jahrhunderts in Deutschland und Europa zu stärken und die Schaffung eines eigenen Forschungszentrums als Ergänzung zu den bestehenden Forschungseinrichtungen für dieses Thema zu prüfen sowie die Ergebnisse der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten „Forschungsverbände DDR-Geschichte“ einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen
9. die Aufarbeitung von DDR-Zwangsadoptionen zu intensivieren und etwaige Forschungsbedarfe auf diesem Gebiet zu prüfen;

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

10. die plurale und dezentrale Förderung der politischen Bildung über die kommunistischen Diktaturen durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur personell und finanziell zu stärken;
11. die Gedenkstättenkonzeption des Bundes kontinuierlich weiterzuentwickeln, denn bislang fehlt ein authentischer Ort, der sich gezielt der Darstellung und Erforschung von Widerstand und Opposition in SBZ und DDR widmet;
12. dafür Einrichtungen wie die Robert-Havemann-Gesellschaft, die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, das koordinierende Zeitzeugenbüro und andere zu stärken;
13. in Zusammenarbeit mit der Robert-Havemann-Gesellschaft eine Dauerausstellung sowie ein virtuelles Zeitzeugenarchiv zur Oppositions- und Widerstandsgeschichte über den gesamten Zeitraum von 1945 bis 1989 unter Einbeziehung der Bestände des Archivs der DDR-Opposition zu erstellen.
14. alle gesetzgeberisch notwendigen und möglichen Schritte einzuleiten, um die soziale und wirtschaftliche Einheit zu vollenden und Renten- sowie Lohnungerechtigkeiten zu beseitigen;
15. auf die Länder einzuwirken, der Geschichte der deutschen Teilung und der kommunistischen Diktatur sowie dem Leben in der DDR mehr Platz in den Lehrplänen der Schulen einzuräumen.
16. die immer noch bestehenden Wissensdefizite über die Wesensmerkmale von Diktatur und Demokratien durch innovative pädagogische Konzepte und Vermittlungsstrategien an historisch-authentischen Orten und Gedenkstätten im Rahmen der politischen Bildung zu beheben, indem diese vertieft und verstetigt werden.

Berlin, den 4. Juni 2019

**Ralph Brinkhaus, Alexander Dobrindt und Fraktion
Dr. Rolf Mützenich und Fraktion**

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.